

Regierungsratsbeschluss

vom 14. Januar 2003

Nr. 2003/27

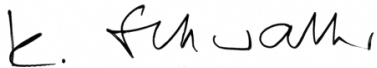
Schreiben an das Bundesamt für Kommunikation: Vernehmlassung zum neuen Art. 93a Bundesverfassung (Medienpolitik)

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 31. Oktober 2002 gelangt Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, an die Kantonsregierungen und ersucht sie um Stellungnahme zum neuen Art. 93a BV in der Fassung der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates. Dem Schreiben liegen der Vorentwurf und der erläuternde Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates vom 5. September 2002 bei. Die Stellungnahmen sind an das Bundesamt für Kommunikation zu richten.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an das Bundesamt für Kommunikation: Vernehmlassung zum neuen Art. 93a der Bundesverfassung (Medienpolitik) beraten und beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Regierungsrat
Staatskanzlei (5) Sch, Stu, Ast, Bre, Cah
Büro Kantonsrat (11)
Medien Lie